

**Fraktionen im Gemeinderat Forst (Baden) - CDU, FWV, SPD, BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN –
und Netzwerk. Willkommen in Forst, beraten von Reinhard Niederbühl, vom Gemeinderat als
sachkundiger Bürger berufen**

**Vorschläge für die Verbesserung der Wohnraumversorgung und der Erfüllung der
Aufnahmequote von Geflüchteten in der Gemeinde Forst (Baden)**

Vorbemerkung

Im Februar 2023 hat die Gemeindeverwaltung Forst dem Gemeinderat mitgeteilt, dass für Geflüchtete zusätzlicher Wohnraum benötigt wird. Der damalige Beschlussvorschlag - Verhandlungen mit einem Investor zu führen mit dem Ziel, hinter der Autobahnraststätte in der Werner-von-Siemens Straße neben dem bereits existierenden Gebäude (Kombimodell), einen Neubau zu errichten - wurde von allen Fraktionen abgelehnt.

Die Fraktionen stellen damit nicht ihre Verantwortung bei der Bewältigung dieser Herausforderung in Abrede. Sie plädieren nur für ein anderes Vorgehen. Als Entscheidungsgrundlage bedarf es jedoch entsprechender Informationen. In einem *Interfraktioneller Prüfantrag zur kommunalen Unterbringungsstrategie für geflüchtete Menschen* (eingereicht am 18.02.2023) wurde der Verwaltung ein Fragenkatalog vorgelegt, dessen Beantwortung die für zukünftige Entscheidungen wesentlichen Fakten liefern soll.

Davon unabhängig wurden konkrete Vorschläge zu Maßnahmen erarbeitet, welche bereits kurzfristig umgesetzt werden können. Diese werden im Folgenden erläutert.

Beratung, Vorgehensweise und erste Ergebnisse

Für alle Fraktionen hat in einem ersten Schritt die weitere Gewinnung von privatem Wohnraum zur Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine Priorität.

Beraten durch Reinhard Niederbühl, vereinbarten die Fraktionen, zunächst kurzfristig umsetzbare Alternativen zur Erfüllung unserer kommunalen Unterbringungsverpflichtung zu entwickeln. Diese Vorschläge sollen in die Unterbringungsstrategie der Gemeinde Forst einfließen.

Mittel- bis langfristig sind diese in die Strategie zur Unterbringung und Integration Schutzsuchender aus aller Welt und weiterer Bedarfsgruppen einzubinden.

Start der Initiative bereits im Februar 2023

Um keine Zeit zu verlieren, wurden verschiedene Initiativen zur Erreichung dieses Ziels bereits im Februar 2023 gestartet. Anlässlich der Mahnwache zum ersten Jahrestag des Ukraine-Kriegs wurde am Freitag, dem 24. Februar, im Namen aller Fraktionen der erste Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Forst veröffentlicht, bei der zur Verfügungstellung von privatem Wohnraum zu unterstützen. Nach diesem Appell durch einen Gemeinderatsvertreter bei der Mahnwache zum Ukraine-Krieg gab es bereits einige Reaktionen und auch Wohnungsangebote aus der Bürgerschaft.

Im Mitteilungsblatt der Gemeinde Forst vom 2. März 2023 wurde dieser Aufruf im Rahmen der Rückberichte von zwei Fraktionen wiederholt.

Ziel der Unterbringung

sollen menschenwürdige und bedarfsgerechte Unterbringungen sein, welche die Integration erleichtern.

Vorrangige Zielgruppe: Geflüchtete aus der Ukraine

Vor dem Hintergrund der aktuellen Belegung der kommunalen Unterkünfte in der Anschlussunterbringung durch Geflüchtete aus aller Welt und den Erfahrungen des ehrenamtlichen Netzwerks Forst wurden als Zielgruppe aktuell vorrangig Geflüchtete aus der Ukraine festgelegt. Hier bestehen durch das Netzwerk Forst und die Gemeindeverwaltung sehr gute Unterstützungsmöglichkeiten. Zudem ist die Gewinnung von Wohnraum für diese Gruppe leichter möglich.

Gewinnung von privatem Wohnraum – Vorschläge für Aktivitäten und Maßnahmen

Gemeinsamer Aufruf

Ein Aufruf aller Fraktionen, gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Netzwerk, zur Gewinnung von privatem Wohnraum würde einen guten Auftakt bilden.

Werbemaßnahmen

Die Gewinnung von privatem Wohnraum hat Priorität. Dazu sollen die Werbemaßnahmen und Informationen intensiviert werden. Hier bietet sich die regelmäßige Nutzung des Gemeindemitteilungsblattes an. Es sollten nicht nur aktuelle und konkrete Hilfeersuchen platziert werden, sondern auch erfolgreiche Beispiele. Auch ein Brief an alle Bürgerinnen und Bürger (ähnlich wie beim Glasfaserausbau) sollte verteilt werden. Ergänzend bieten sich Faltblätter / Flyer an, die notwendige Sach- und Kontaktinformationen beinhalten. Sie sollten zielgerecht ausgelegt und verteilt werden. Hierbei könnten nicht nur die Fraktionen, sondern auch die Kirchen, das Netzwerk, Vereine und karitative Organisationen als Multiplikatoren dienen. Zudem wären die Informationen von Mitteilungsblatt, Brief und Faltblatt auch auf der Website der Gemeinde zu präsentieren.

Wertschätzung für Vermieter und begleitende Unterstützung

Vermieterinnen und Vermieter, welche aktuell schon Wohnraum zur Verfügung stellen, sollten mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen könnten zudem andere ermutigen und motivieren, ebenfalls Wohnraum anzubieten. Ein öffentlicher Empfang mit einem Rahmenprogramm, welches einerseits dazu dient, sich bei den aktuellen Vermieterinnen und Vermietern zu bedanken, aber auch als Plattform zum Erfahrungsaustausch dient, sollte veranstaltet werden. Diese Veranstaltung sollte durch eine gezielte Pressearbeit begleitet werden. Bürgerinnen und Bürger, die Wohnraum anbieten, sollen durch die Gemeindeverwaltung im gesamten Prozess gut begleitet werden. Sachinformationen und Hilfsangebote müssen dafür transparent und niederschwellig bereitgestellt werden. Bei den aktuellen Vermieterinnen und

Vermietern sollte aktiv dafür geworben werden, befristete Mietverhältnisse zu verlängern. Letzteres würde auch die Planungssicherheit erhöhen.

Positives ins Blickfeld nehmen

Die positiven Beispiele gelungener Integrationsschritte sind vorzustellen. Im Mitteilungsblatt sollte dazu regelmäßig berichtet werden. Der Blick sollte sich dabei auf gute Bewältigungen dieser Aufgaben durch die Dorfgemeinschaft und die gemeinsame und einvernehmliche Initiative verschiedener gesellschaftlicher Kräfte richten.

„Wohnen für Hilfe“

Durch Konzepte wie das andernorts bereits etablierte „Wohnen für Hilfe“ könnten beiderseitig gewinnbringende Möglichkeiten erschlossen werden. Informationen dazu sollten regelmäßig in bereits weiter oben genannten Veröffentlichungsmedien dargestellt werden.

Leerstehender Wohnraum

Eigentümerinnen und Eigentümer von leerstehendem Wohnraum sollten gezielt und mit Hilfe geeigneter Kontaktpersonen angesprochen und über die Rahmenbedingungen informiert werden. Es muss verdeutlicht werden, dass es um die Unterstützung unserer Heimatgemeinde geht.

Flexibilität und offensiver Umgang mit Angeboten und Rahmenbedingungen

Überlegt werden muss, in welcher Weise die Unterstützungsleistung der Gemeinde (Personal- und Geldmittel) für Renovierungen angebotener Wohnungen ausgebaut werden kann.

Das Thema Miete muss flexibel behandelt werden. Die Mietobergrenzen des Jobcenters müssen genutzt werden. Im Einzelfall könnten diese Sätze aber durchaus durch Zuschüsse aus der Gemeindekasse erhöht werden.

Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen sollten gesondert geprüft werden, da für sie das Jobcenter entsprechend dem individuellen Bedarf auch höhere Kosten der Unterkunft übernimmt.

Erst wenn die genannten Aktivitäten und Maßnahmen nicht ausreichen, um die Aufnahmequote der Gemeinde Forst zu erfüllen, sollten die nachfolgenden Varianten auf den Weg gebracht werden

Belegung Kombimodell in der Werner-von-Siemens Straße

Durch die Belegung des Kombimodells (Binnenflexibilität zwischen GU- und AU Plätzen) könnte der Druck im Zusammenhang mit unserer Aufnahmequote reduziert werden.

Belegung gemeindeeigener Wohnungen

Freiwerdende Wohnungen im Eigentum der Gemeinde sollten aktuell durch Geflüchtete aus der Ukraine und Geflüchtete in der Anschluss Unterbringung belegt werden. Der Bedarf weiterer Anspruchsgruppen sollte bei der Auswahl der Belegung allerdings fallbezogen berücksichtigt werden.